

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Unterstützer der DPoIG Thüringen e. V.,

wenn ich ehrlich sein soll, hätte ich mir gewünscht, dass ich meine diesjährigen Weihnachtsgrüße mit einem Rückblick auf eine außergewöhnliche, aber anstrengende Zeit beginne, welche wir glücklicherweise überwunden haben. Nach über zwei Jahren Corona-Maßnahmen, die nicht spurlos an unseren Kolleginnen und Kollegen vorübergingen, sind wir noch weit davon entfernt, uns in den ruhigen Fahrwasser zu bewegen, die wir uns für den Dienstalltag wünschen.

Dennoch freue ich mich natürlich auch darüber, dass wir im gesellschaftlichen Leben zu einem Stück Normalität zurückfinden konnten. Aktuell finden in vielen Städten und Gemeinden wieder die regulären Weihnachtsmärkte statt. Doch was vielen Freude bereitet, bedeutet für andere zusätzliche Arbeit. Gerade unsere Kolleginnen und Kollegen werden verstärkt vor Ort eingesetzt, um die Sicherheit der zahlreichen Besucherinnen und Besucher der Märkte zu gewährleisten. Das ist zwar nicht neu, aber immerhin eine zusätzliche Belastung, welche neben dem normalen Dienstalltag zu bewältigen ist.

Doch leider sind die Weihnachtsmärkte nicht die einzige, wenn auch begrüßenswerte zusätzliche Belastung. Leider ist zu verzeichnen, dass sich das Klima innerhalb der Gesellschaft zum Nachteil aller verändert hat. Ich möchte hier nicht im Detail über die Ursachen spekulieren, aber die Auswirkungen müssen wir als Polizistinnen und Polizisten tagtäglich ertragen. So steigt die Bereitschaft zur Gewalt gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen stetig an. Dies zeigt sich sowohl in verbalen Ausrastern, aber auch in körperlicher Gewalt. Zunehmend werden unsere Polizisten zum Prellbock für Ergebnisse der aktuellen Politik. Doch anstatt uns hier zur Seite zu stehen, gehen viele aus der Politik in Deckung oder heizen die Stimmung durch verbale Attacken an. Ein Zustand, den wir nicht akzeptieren können und wollen, denn am Ende hat es auch Auswirkungen auf das gesundheitliche Befinden unserer Kolleginnen und Kollegen. Wenn vor Dienstbeginn die Sorgen darüber, was wohl in der kommenden Schicht wieder passieren wird, überhandnehmen, schleicht sich eine innere Distanz zum Beruf ein, welche nicht selten auch die Psyche

des Einzelnen angreift. Das alles muss auch noch mit einer Personaldecke abgesichert werden, welche in keiner Weise den Notwendigkeiten im Dienstalltag gerecht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider ist gegenwärtig noch keine Linderung der Personalsituation in Sicht. Auch wenn die Landesregierung den Stellenabbaupfad gestoppt hat und in diesem Jahr 300 Kolleg(inn)en ihre Ausbildung am Bildungszentrum in Meiningen begonnen haben, so sind wir von einer Personalstärke, wie es sie zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts gab, noch weit entfernt. Dies bei stetig steigenden Anforderungen im täglichen Dienst.

Am 2. Oktober begannen 250 Anwärter(innen) (194 Männer und 56 Frauen) ihre Ausbildung. Des Weiteren kamen noch 50 Bachelorstudenten hinzu. Darüber hinaus begannen 43 Kolleg(inn)en ihre Aufsteigerausbildung. Insgesamt begannen somit 343 Kolleginnen und Kollegen ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium am Bildungszentrum in Meiningen. Mit einem Anteil von 23 Prozent sind Frauen wieder gut vertreten, was auch zeigt, dass die Polizei in Thüringen längst keine Männerdomäne mehr ist. Wobei die Aufstiegsbeamten keine Verbesserung der Personalsituation mit sich bringen.

Leider zeigt die Erfahrung auch, dass bei Weitem nicht alle ihre Ausbildung in Meiningen beenden werden. Somit stehen am Ende eben nicht alle neu eingestellten Kolleg(inn)en in den verschiedenen Dienststellen zur Unterstützung bereit.



© Roland Spitzer (4)

> DPoIG-Landesvorsitzender
Jürgen Hoffmann

Als gewerkschaftliche Interessenvertretung hatten wir für dieses Jahr 300 Neueinstellungen gefordert, hinzu kommt unsere Forderung für zusätzliche Einstellungen, um diejenigen zu ersetzen, welche ihre Ausbildung in Meiningen aus den verschiedensten Gründen nicht abgeschlossen haben. Wenn wir jedoch tatsächlich zur alten Personalstärke zurückfinden wollen, und das ist im Angesicht der vor uns stehenden Aufgaben unumgänglich, dann müssen wir noch weit über die geforderte Anzahl von 300 Neueinstellungen hinausgehen. Realistisch wären jährlich 500 Neueinstellungen. Natürlich müssen hierfür auch die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir als Gewerkschaft können im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützend wirken, doch umsetzen muss dies die Landesregierung. Auch wenn einige dabei erst einmal über ihren eigenen Schatten springen müssen.

All das können wir umso besser umsetzen, je mehr sich Kolleg(inn)en dafür entscheiden, gemeinsam mit uns an einem Strang zu ziehen. Deshalb freut es mich besonders, dass sich in Meiningen wiederum so viele für eine Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft entschie-

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13
Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.



den haben. Mir ist auch aufgefallen, dass sich unsere jungen Kolleg(inn)en sehr gut überlegt haben, warum sie gerade zu uns kommen. Natürlich, und das sage ich nicht ohne Stolz, sind wir bei unseren Angeboten überlegen. Allein der umfassende Rechtsschutz, welchen wir unseren Kolleg(inn)en anbieten, ist ein unschlagbares Argument. Den Kolleginnen und Kollegen, welche sich bei der Präsentation unserer Gewerkschaft am Bildungszentrum intensiv engagiert haben, gilt mein besonderer Dank!

Uns ist durchaus bewusst, dass die von der DPoIG bereits seit Jahren geforderten 500 Neueinstellungen keine einfache Aufgabe sein werden. Jedoch muss es möglich sein, dieses Problem bereits frühzeitig anzugehen. Dies ist eine Aufgabe, welche wir nur gemeinschaftlich mit allen Gewerkschaften und dem Innenministerium lösen können. Als DPoIG werden wir in jedem Fall immer wieder das gemeinsame Gespräch suchen.

Um all dies umzusetzen, bedarf es einer auch personell starken Gewerkschaft. Dies betrifft sowohl langjährig im Polizeidienst stehende Kolleg(inn)en als auch junge Menschen, welche ihre Ausbildung bei der Polizei begonnen haben. Ohne eine aktive gewerkschaftliche Arbeit hätten wir vieles nicht erreicht. Natürlich freuen wir uns über jedes neue Mitglied, denn dies stärkt uns als Gewerkschaft und dient den Interessen aller Polizistinnen und Polizisten in Thüringen.

► Weichen für den Landesdelegiertentag werden gestellt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Sie diese Ausgabe des Polizeispiegels im Briefkasten vorfinden, tagt unser Landes-

vorstand in Erfurt. Am 5. Dezember sollen auch die Weichen für die Zukunft unserer Gewerkschaft gestellt werden. Turnusmäßig steht der nächste Landesdelegiertentag an. Hier wird nicht nur der Landesvorstand neu gewählt, sondern es ist auch eine Möglichkeit, die Satzung, Geschäftsordnung und anderes an die aktuellen Erfordernisse anzupassen. Ein Grund, warum wir uns ein Jahr vorher dieser Problematik annehmen. Wir werden Arbeitsgruppen bilden, welche sich spezifischen Fragen und Problematiken widmen. Unterstützung ist dabei immer willkommen. In der nächsten Ausgabe werden wir ausführlich über die Ergebnisse berichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das kommende Jahr wird wohl auch Veränderungen auf der politischen Ebene mit sich bringen. Nach heutigem Stand werden im Herbst Landtagswahlen stattfinden – wie auch immer diese ausgehen werden und wie sich die neue Landesregierung zusammensetzen wird. Als Gewerkschaft werden wir darauf dringen, dass die Polizei im Freistaat nicht als Stiefkind behandelt wird, sondern Maßnahmen zur Umkehr des Stellenabbaus und zur damit verbundenen nachhaltigen Entlastung unserer Kolleginnen ergriffen werden.

Leider bringen Zeiten des Wahlkampfes auch immer einen gewissen Stillstand mit sich. Doch gerade der Stillstand oder die Zurückstellung wichtiger Veränderungen trägt nicht dazu bei, die Situation im Dienstalltag zu verbessern. Hier fordern wir alle Beteiligten und Verantwortlichen auf, über ihren politischen Wahlkampfsschatten zu springen und die Sacharbeit zum Wohle der Menschen in Thüringen in den Vordergrund zu stellen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

durch Ihre Arbeit haben Sie dazu beigetragen, dass die Bevölkerung in Thüringen auch im vergangenen Jahr in Sicherheit leben konnte. Das ist bei dem anhaltenden Personal-mangel, dem zusätzlichen Einsatz anlässlich vieler Demonstrationen und vielem mehr Ihrem Einsatzwillen und der Bereitschaft aller Kolleg(inn)en, das im Dienst Geforderte zu tun, zu verdanken. Dafür möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen meinen persönlichen Dank aussprechen, gleichzeitig jedoch auch eine Mahnung an die Landesregierung senden. Einfach anzunehmen, dass unsere Kolleg(inn)en bei gestiegenen Aufgaben und anhaltender Unterbesetzung den Anforderungen an die Polizeiarbeit in Thüringen gerecht werden können, ist ein Fehlschluss, der sich nicht erst dann als wahr erweisen sollte, wenn Ereignisse eintreten, welche die Sicherheit unserer Menschen im Freistaat gefährden.

Liebe Mitglieder der DPoIG, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Freunde,

ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2024.

Die Kolleginnen und Kollegen der DPoIG, egal ob in Personalvertretungen oder in unseren Vorstandsgremien, werden auch hier für euch da sein, um eure Interessen und Belange anzusprechen, durchzufechten sowie ständig Lösungsansätze aufzuzeigen und um deren Umsetzung zu ringen.

Euer
Landesvorsitzender

Jürgen Hoffmann

Beihilfe noch immer nicht geklärt

▀ Verkürzung der Wartezeiten noch nicht in Sicht

Im Sommer hatten wir bereits in einem Beitrag im Polizeispiegel über lange Wartezeiten zur Auszahlung der Beihilfe für unsere Kolleginnen und Kollegen berichtet. Ein Thema, welches sich nun tatsächlich zu einer unendlichen Geschichte auszuweiten scheint. Für uns als gewerkschaftliche Interessenvertretung ist dies ein nicht akzeptabler Zustand, welchen wir keinesfalls so akzeptieren werden, zumal es nicht ausgeschlossen ist, dass nicht wenige Kolleg(inn)en durch die Verauslagung der Behandlungskosten an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten gedrängt werden. In der Landesregierung scheint einigen nicht klar zu sein, dass deren Besoldung nicht dem Niveau aller Beamtinnen und Beamten in Thüringen entspricht. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen finden sich gerade in Zeiten anhaltender Inflation und gestiegener Preise in einer Situation wieder, in der sie den nächsten Zahltag herbeisehen. Manch einer mag sagen, dass dies ein Jammern auf hohem Niveau ist, aber man darf auch nicht die Verbindlichkeiten außer Acht lassen, welche in besseren Zeiten aufgenommen wurden und über viele Jahre zu begleichen sind.

Gleichzeitig ist in den Medien immer wieder zu vernehmen, dass Beamte zu teuer sind, und der Ruf zur Beschneidung ihrer sogenannten Privilegien wurde nicht nur immer lauter, sondern traf aufgrund einseitiger und populistischer Formulierungen auf so manch offenes Ohr.

Nun können wir hier nicht auf alle Argumente eingehen, aber ein Aspekt sollte dennoch ein-



© Archiv

mal genauer betrachtet werden. Jeder weiß, dass in finanziell knappen Zeiten ein Weg zur Überbrückung von Engpässen die verzögerte Zahlung bestehender Verpflichtungen ist. Das sollte so nicht sein, aber auch die Schatulle eines Beamten ist nicht endlos gefüllt, sodass einige unserer Kolleg(inn)en keinen anderen Ausweg als die zeitliche Streckung ihrer Zahlungsverpflichtungen sehen.

▀ Wartezeit bis zu 22 Tage

Offensichtlich scheint genau diese Situation unsere Landesregierung nicht sonderlich zu interessieren, denn wie lässt es sich anders erklären, dass diese Wochen, oder um konkret zu sein bis zu 22 Tage, auf die von ihnen beantragte Beihilfe warten müssen. Hier stellt sich wiederholt die Frage, ob die monatlichen Einkommen überhaupt bekannt sind!

Es ist bekannt, dass Kosten für Medikamente, Arztbesuche oder gar Krankenhausaufenthalte von unseren privat versicherten Kolleg(inn)en zunächst vorgestreckt werden müssen. Dabei handelt es sich nicht nur um Beträge, welche mal so eben vorfinanziert werden können. Allein die Kosten für

Medikamente steigen stetig.

Besonders extrem wird es, wenn ein Krankenhausaufenthalt mit einhergehender Operation ansteht. Da sind fünfstelligen Beträge keine Seltenheit. Wie diese dann zwischenfinanziert werden sollen, ist für viele eine unlösbare Frage. Gerade junge Kollegen haben bereits finanzielle Verpflichtungen durch Kredite für Haus- oder Wohnungkauf. Auch das eigene Auto ist zu meist auf Kredit gekauft. Daran ändert auch die beschönigende Formulierung „Leasing“ nichts. Ebenso ist es bei einem Nettoeinkommen von beispielsweise 2 500 Euro unmöglich, einen Dispokredit in Höhe des Zehnfachen zu bekommen. Am Ende bleibt vielen Kolleg(inn)en nichts anderes übrig, als durch nicht beglichene Rechnungen in eine Schuldenfalle zu geraten.

Das alles sollte auch im Finanzministerium bekannt sein. Als DPoIG fordern wir die Finanzministerin Heike Taubert zum wiederholten Male auf, hier umgehend eine dauerhafte und befriedigende Lösung zu etablieren, damit das Warten auf die Beihilfe nicht weiter zu einer beinahe unendlichen Geschichte wird. Auch das Argu-

ment der knappen Kassen darf nicht immer wieder ins Feld geführt werden. Uns ist schon bewusst, dass eine Verkürzung der Auszahlungszeiten der Beihilfe zunächst liquide Finanzen im Haushalt voraussetzt. Dass dies bislang nicht gelungen ist, darf nicht auf dem Rücken unserer Kolleg(inn)en ausgetragen werden. Natürlich braucht es auch Personal, um den Bearbeitungsstau abzubauen. Dies jedoch nur für einen überschaubaren Zeitraum, denn im allgemeinen Arbeitsaufwand dürfte sich langfristig nichts ändern. Die hierfür notwendigen Kapazitäten sind vorhanden – man muss nur die richtigen Prioritäten setzen!

▀ Private Vorfinanzierungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung undenkbar

Um nochmals auf den Ausgangspunkt der besonderen Privilegien für Beamte zu kommen: Was würden gesetzlich Versicherte, insbesondere Rentner, sagen, wenn sie ihre Arzt- und Apothekenrechnungen zunächst aus eigener Tasche vorfinanzieren müssten. Auch hier wäre es bei vielen unmöglich.

Dabei geht es nicht darum, den Status der gesetzlich Versicherten zu verschlechtern, sondern unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen so abzusichern, dass sie erst gar nicht in finanzielle Nöte geraten. Hier ist in erster Linie die Finanzministerin gefragt!

Als gewerkschaftliche Interessenvertretung werden wir als DPoIG in Thüringen die Beihilfe so lange thematisieren, bis eine praktikable und verträgliche Lösung umgesetzt wurde! ■

Information zur Bescheinigung der im Jahr 2023 gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorlage beim Finanzamt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie jedes Jahr mehren sich in unserer Geschäftsstelle zum Jahreswechsel die Anfragen nach einer Bescheinigung der gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorlage beim Finanzamt. Aus diesem Grund hier noch einmal folgende Hinweise:

- > Aufgrund der ansonsten entstehenden Kosten erfolgt wie in den letzten Jahren kein automatischer Versand der Beitragsbescheinigung!
- > Wer eine Beitragsbescheinigung benötigt, kann diese schriftlich oder telefonisch über unsere Landesgeschäftsstelle anfordern. Ebenso ist die Anforderung per E-Mail bei der Geschäftsstelle (dpolg@dpolg-thueringen.de) oder direkt unter finanzen@dpolg-thueringen.de möglich.
- > Bei der Anforderung bitte angeben, ob die Beitragsbescheinigung im Original benötigt wird oder der Versand per E-Mail (PDF-Dokument) erfolgen kann. Für den Postversand bitte die aktuelle Wohnanschrift mit angeben, da nach unserer Erfahrung die hier vorhandene Adresse nicht immer korrekt ist. So werden gegebenenfalls unnötige Verzögerungen vermieden. Für den Versand per E-Mail benötigen wir dementsprechend eine aktuelle E-Mail-Adresse.
- > Wir bitten schon im Voraus um Verständnis, dass die Beitragsbescheinigung nicht in jedem Fall sofort erstellt und versandt werden kann. Wir sind aber bestrebt, alle Anfragen innerhalb von 14 Tagen zu erledigen. Wird also eine Bescheinigung zu einem bestimmten Zeitpunkt benötigt, bitte rechtzeitig anfordern.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass sich die Höhe unserer Mitgliedsbeiträge nach der jeweiligen Besol-



dungs- beziehungsweise Entgeltgruppe des Mitglieds richtet und jedes Mitglied verpflichtet ist, Änderungen dieser Angaben zu melden. Dies ist insbesondere für die Inanspruchnahme unserer Serviceangebote (Versicherungsleistungen) von Bedeutung, da diese nur bei ordnungsgemäßer Beitragszahlung gewährt werden.

Soweit sich bei Ihnen in den letzten Monaten/Jahren in dieser Hinsicht oder auch bei anderen Angaben (Wohnanschrift, Dienststelle, Bankverbindung ...) Änderungen ergeben haben und diese gegebenenfalls noch nicht gemeldet wurden, können Sie dies jederzeit nachholen und Ihre Daten aktualisieren. Als Ansprechpartner stehen die jeweiligen Kreisvorsitzenden sowie unsere Landesgeschäftsstelle zur Verfügung. Gern können Sie entsprechende Informationen auch per E-Mail uns direkt zusenden. Die Adresse lautet: finanzen@dpolg-thueringen.de. ■

Änderungsmeldungen umgehend einreichen

Voraussetzung für eine gute Gewerkschaftsarbeit ist auch die permanente Pflege des Mitgliederbestandes. Dieser wird zentral von unserem Schatzmeister betreut. Das kann jedoch nur erfolgen, wenn auch Änderungen sowohl im persönlichen als auch im dienstlichen Bereich zeitnah mitgeteilt werden.

Dies betrifft den persönlichen Umzug, eine Versetzung in einen anderen Dienstbereich, oder auch Änderungen in der Besoldung. Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, uns solche Veränderungen zeitnah mitzuteilen. Dies kann entweder per Mail an den Bereich Finanzen (finanzen@dpolg-thueringen.de) oder über unsere Website unter

www.dpolg-thueringen.de/mitgliedschaft/aenderungsmittteilung/

erfolgen.

Es ist auch in Ihrem Interesse, wenn Sie dies rechtzeitig und zeitnah tun. So ist es beispielsweise in Fällen der Gewährung von Rechtsschutz notwendig, dass wir über die aktuellen Daten und Angaben verfügen.